



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel (Vom 29. Mai bis 2. Juni)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Reichs Spiegel

(Vom 29. Mai bis 2. Juni)

Innere Politik

Der sterbende Reichstag — Die Haltung der Regierung — Herr von Bethmann und Fürst Swjatopolk-Mirski — Parlamentarismus — Reichstagswahlrecht für Preußen.

Die Parlamente sind in die Ferien gegangen und besonders dem Reichstage werden in allen Zeitungen Zensuren geschrieben. Um Weihnachten herum haben wohl nur wenige Wähler daran geglaubt, daß ihr Sprößling noch Anerkennung finden könnte, und resigniert belegten sie den Siechen mit trostlosem Wort: der sterbende Reichstag. Nach Ostern indessen begann der Reichstag einige starke Lebensregungen von sich zu geben, und jetzt am Schluß des Arbeitsabschnitts muß von allen Seiten anerkannt werden, daß der Sterbende sich mächtig aufgerafft und recht beachtenswerte Arbeit geleistet hat. Wem dankt der Reichstag das neuerliche Aufblühen? Aus welcher Kraftquelle fließt ihm das Selbstbewußtsein und die neue Lust zu harter Arbeit? Sind neue Männer aufgetreten, haben neue Ideen die Köpfe erhellt? Nichts von alledem! Männer und Köpfe sind die alten! In den Reihen der Parlamentarier sind keine neuen Führer aufgestanden. In den Beziehungen der Parteien zueinander sind sichtbare Verschiebungen nicht eingetreten, wenigstens nicht zu einem Zeitpunkt, der der jüngsten Arbeit vorausgegangen wäre. Also eine innere Ursache für das Aufleben des Reichstags ist nirgends zu erkennen. Wir müssen somit suchen, ob nicht äußere Umstände in der angedeuteten Richtung gewirkt haben. Im Lande draußen unter den Wählermassen haben keinerlei Kundgebungen stattgefunden, die irgendwie die Arbeiten des Reichstags beeinflusst hätten. Alle Versammlungen und Resolutionen, die den Fraktionen des Reichstags aus dem Lande zu Leibe gingen, übermittelten eigentlich nur Sonderwünsche auf wirtschaftlichem Gebiet, sei es der Handlungsgehilfen, sei es der Ärzte oder Handelskammern. Zu großen nationalpolitischen Kundgebungen hat man unter der Herrschaft der Interessenverbände im lieben Deutschland keine Kraft mehr! Greifen wir zum nächstliegenden, dann sind wir auf dem richtigen Wege. Die Haltung der Regierung ist es, die das Wunder bewirkte. In der Tat, die Haltung der Regierung in den beiden wichtigsten den Reichstag beschäftigenden Fragen, in der elsäß-Lothringischen und in der Reichsversicherungsfrage, ist es gewesen, die das Aufleben des Reichstags bewirkte. Jeder liberal denkende Mann, aber auch jeder Staatsmann, dem die Wohlfahrt des Reichs am Herzen liegt, wird sich des Ergebnisses freuen, denn die Volksvertretung bildet einen wesentlichen Teil der Reichsregierung, und jede Diskreditierung und öffentliche Herabsetzung dieses Teiles muß naturgemäß auch die Autorität des anderen Teiles der Regierung, des exekutiven, schädigen. Freilich, auch hier geht es ohne ein Aber nicht ab und gerade die Haltung der Regierung, die die Volksvertretung mit neuen Kräften erfüllte, findet aus dem Parlamente heraus scharfe Beurteilung. In der Presse aller Richtungen wird der Reichsregierung schwächliche Nachgiebigkeit vorgeworfen, und der Abgeordnete Stresemann faßt die Gesamtaufassung über die Regierung nur klar zusammen, wenn er in der Magdeburgischen

Zeitung (Nr. 277) in einem übrigens höchst beachtenswerten Rückblick schreibt: „Die Regierung kann kaum noch ein ‚Unannehmbar‘ aussprechen, ohne auf die Heiterkeit des ganzen Hauses zu stoßen.“ So ist es! und wenn wir uns auch über die Stärkung der Autorität der Volksvertretung freuen, so fällt in diese Freude der Wermutstropfen der Erkenntnis der Schwäche der Exekutivgewalt.

Ich bin früher einmal heftig dafür gescholten worden, weil ich an dieser Stelle eine Parallele zwischen Herrn v. Bethmann Hollweg und dem Fürsten Swjatopolk-Mirski (Minister des Innern und damit Leiter der gesamten inneren Politik Rußlands vom August 1904 bis zum Februar 1905) gezogen habe. Diese Parallele wurde sogar von einer Seite als eine persönliche Kränkung bezeichnet. Nichts lag und liegt mir ferner, als den Herrn Reichskanzler persönlich zu kränken, und gerade in diesem Falle ist es sehr leicht, den Nachweis der bona fide zu erbringen, denn jeder deutsche Diplomat, der die russischen Zustände der fraglichen Zeit kennt, wird mir zugeben, daß Swjatopolk-Mirski sich als Mensch und Soldat mit Recht der größten Achtung seiner Zeitgenossen erfreute ebenso wie Herr v. Bethmann die größte Achtung als Mensch und Verwaltungsbeamten entgegengebracht wird. Doch die Parallele hört bei den Vorzügen nicht auf, sondern setzt sich auch da fort, wo sie für unseren Staatslenker nicht eben angenehm sein kann. So scheint es wenigstens, wenn Worte und Taten verglichen werden. Swjatopolk-Mirski war ebenso, wie Herr v. Bethmann es ist, Spielball aller der „... gewollten Abhängigkeiten“, die sie nicht zu überwinden vermochten. Der russische Minister führte dabei den viel schwierigeren Kampf gegen die Intrigen unsichtbarer Hofparteien und Revolutionäre bei nur sehr geringem Rückhalt an seinem kaiserlichen Herrn, während es der deutsche Reichskanzler, gestützt auf das Vertrauen eines weitblickenden Monarchen und die Verfassung, mit öffentlich organisierten und ihren Wählern verantwortlichen Gruppen zu tun hat. Das „Nunquam retrorsum!“ des deutschen Reichskanzlers hat leider nicht mehr Wert für das deutsche Volk wie seinerzeit des russischen Staatsmannes „Habt Vertrauen!“ für unsern östlichen Nachbarn. Denn wir kennen nicht den Kern der Verteidigungsstellung, den der Kanzler nach Preisgabe einer Reihe von uns sichtbaren Positionen auf Leben und Tod zu halten gedenkt. Die Schwäche in der Verteidigung ist der Regierung auch vom Grafen Posadowsky nachgewiesen worden; das Telegramm an den Ostmarkenverein steht in direktem Widerspruch mit den Handlungen der preußischen Regierung und mit der Agitation, die von amtlichen Kreisen aus in verschiedenen politischen Gesellschaften bezüglich der Ostmarkenpolitik getrieben wird.

Wohin uns die Haltung der Regierung treibt, habe ich im vorigen Heft angedeutet, und habe auch darauf hingewiesen, daß ein beträchtlicher Teil der Schuld bei den Deutschkonservativen liegt, wenn der Kanzler seine Position so schnell geräumt hat. Es ist bereits gesagt worden, daß wir in den Parlamentarismus hineintreiben, und zwar treiben und nicht steuern. Die Deutsche Tageszeitung ist anderer Meinung und argumentiert mit der ganzen Schärfe ihres geistigen Könnens: „Grenzboten dilettantismus“, „Ahnungs- und Sinnlosigkeit“. Selbstverständlich in einem Leitartikel (Nr. 273), den ich meinen Lesern um so lieber zu lesen empfehle, als er von außerordentlicher Werbekraft für diese deutsch-konservativ-bündlerische Kulturträgerin ist. Wir treiben in den

Parlamentarismus, weil, wie die Hamburger Nachrichten durchaus zutreffend ausführen, die sozialdemokratische Partei im Reich und in Preußen ein Agitationsmaterial in die Hand bekommen hat, wie es schöner für sie gar nicht gedacht werden kann. Das wichtigste scheint mir in Gefühlsmomenten zu liegen, die das preußische Volk gegen die Staatsregierung aufbringen müssen. Wenn die Elsaß-Lothringer für das Reichstagswahlrecht reif sind, so fragt sich wohl mancher, der nicht alle Konsequenzen überschaut, warum sollen wir, die eigentlichen Reichsgründer, dazu nicht befähigt sein? Die demokratische Agitation wird hier einsehen und viele Bedenken um so leichter zerstören, als ja auch die Regierung von ihnen abläßt. Unser wichtigstes Argument gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen war immer der Hinweis auf die dadurch gesteigerte Macht der Polen und des Zentrums, denen andere Separatisten, wie Welfen und Dänen, folgen würden; daneben stand die Sorge um die Fortsetzung des An siedlungswerks. Nachdem die Regierung aber ihren früheren Standpunkt verlassen hat, sich das Zentrum zum Hebel für ihre Politik gewählt, das Siedlungswerk im Stiche läßt und in den Polen keine Gefahr mehr sieht, muß ich offen bekennen, daß sich die Gründe für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen auf Kosten der Gegengründe mehren. Beim allgemeinen und gleichen Wahlrecht haben wir im Falle der Not größere Aussicht, die national gesinnten Kreise zur Geltung zu bringen und eine schwache Exekutive zur Erfüllung ihrer nationalen Aufgaben zu zwingen, als bei dem bestehenden Klassenwahlrecht, wo die Gesamtheit der Nation nicht mobil gemacht werden kann. Dann besteht auch die Hoffnung, daß unser großes mit so viel Mitteln und Selbstverleugnung begonnenes Kolonisationswerk — vielleicht auf breiterer Basis — wieder aufgenommen und bis zu Ende durchgeführt wird. — Das ist der Weg, über den der Parlamentarismus in Deutschland anmarschiert.

G. Cl.

Bank und Geld

Das Urteil gegen den Tabaktrust — Amerikanische Rechtsprechung und Politik — New-Yorker Börse und Wirtschaftslage in Amerika — Situation und Börse in Deutschland — Berliner Terrain- und Baugesellschaft — Der Fürstentrust und seine Engagements

Dem Urteil gegen die Standard Oil Co. hat der oberste Bundesgerichtshof in Washington nun ein gleiches gegen den Tabaktrust folgen lassen und die Auflösung auch dieser mächtigen Monopolgesellschaft verfügt. Ging aber schon aus dem Urteil gegen die Standard Oil hervor, daß der amerikanische Areopag Mittel und Wege suchte, formell dem Gesetz zu entsprechen, materiell aber den Finanzmagnaten nicht wehe zu tun, so tritt dieses Bestreben in dem jüngsten Urteile ganz offensichtlich und unverhüllt zutage. Darob natürlich große Freude in den Hallen vom Wallstreet und in den Bureaus der Dollarfürsten! Der Gerichtshof hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß das Shermangesetz nur eine „unvernünftige“ (unreasonable) Beschränkung des Handelsvertrages verbiete. Eine solche hat es zwar im Falle der Standard Oil angenommen, aber mit dieser Begründung allen Trustgesellschaften das Hintertürchen geöffnet, durch welches sie wieder als legitime

Glieder der volkswirtschaftlichen Organisation einschlüpfen konnten. Und über alles Erwarten hinaus haben die salomonischen Richter dem Tabaktrust nicht nur die Bescheinigung erteilt, daß er an sich reasonable sei, sondern sie haben sogar die untere Instanz angewiesen, im Einvernehmen mit den Leitern die gegenwärtige Kombination auf eine Basis zu stellen, die mit den Gesetzen in völligem Einklang steht. An der kontinentalen Auffassung von Rechtsprechung gemessen ist ein solches Urteil schwer verständlich. Der oberste Gerichtshof spricht nicht Recht, indem er bestehende Gesetze auf gegebene Tatbestände anwendet, sondern er setzt sich selbst in die Positur des Gesetzgebers und verkehrt den Sinn und die Absicht eines wirtschaftspolitischen Kampfgesetzes in sein Gegenteil. Die Möglichkeit hierzu bietet ihm die den amerikanischen Gesetzen eigentümliche Unbestimmtheit der Fassung, die gestattet, sie nicht nur weitherzig aus-, sondern ihnen nach Bedarf auch etwas unterzulegen. Das Gesetz selbst ist freilich ein verfehltes, aus den an dieser Stelle früher schon gewürdigten Gründen. Bei uns aber hat der Richter Gesetze anzuwenden, ob sie ihm politisch klug erscheinen oder nicht. In Amerika dagegen greift die Justiz direkt in den politischen Kampf ein. Denn es hieße die Augen gegen die Wirklichkeit verschließen, wollte man leugnen, daß dieses Urteil von politischen Gründen diktiert ist. Nun hat die Öffentlichkeit und zunächst die Regierung wieder das Wort. Wie sehr sie durch den Richterspruch brüskiert ist, geht daraus hervor, daß Präsident Taft noch in seiner Botschaft vom Jahr zuvor sich gegen den Vorschlag gewandt hat, das Shermangesetz durch Einfügung des Wortes „reasonable“ zu mildern, weil er hiervon eine Ungleichmäßigkeit der Rechtsprechung fürchtete und es vermeiden wollte, den Gerichten eine gefährliche diskretionäre Befugnis beizulegen. Nun hat der oberste Gerichtshof in aller Ruhe entschieden, daß eine solche Beschränkung des Gesetzes schon in ihm enthalten sei — was vor ihm freilich kein Mensch und insonderheit auch die Trustgewaltigen selbst nicht geahnt hatten. In der Öffentlichkeit verstimmt die Parteinahme für die Ausbeuter gewaltig, und man darf sicher sein, daß der Feldzug gegen die Trusts nicht eher zur Ruhe kommen wird, bis das beleidigte Rechtsgefühl und die gekränkte öffentliche Moral Genugtuung erhalten haben. Diese Kränkung beruht nicht sowohl auf den fabelhaften Gewinnen, welche die Monopolgesellschaften ihren Anteilseignern abwerfen (denn diese sind zum Teil auch ein Ergebnis zweckmäßiger Organisation und geschickter Geschäftsführung), als auf den rücksichtslosen Mitteln, mit welchen die Konkurrenz vernichtet und die Machtposition der Trusts politisch mißbraucht wird.

Ungeachtet der Freude, welche die New-Yorker Börse über den Verlauf des Trustprozesses an den Tag legte, hat sich doch eine andauernd zuversichtliche Stimmung nicht erhalten können. Die allgemeine Wirtschaftslage ist so ungeklärt, daß die Börse eine gewisse Nervosität nicht zu überwinden vermag. Die Eisenindustrie in Amerika ist nicht auf Rosen gebettet. Der Stahltrust hat sich lange gesträubt, dies offen einzugestehen und die Konsequenzen durch eine Herabsetzung seiner Preise zu ziehen. Nachdem nun aber die Republic Iron Steel Co., einer der hauptsächlichsten Konkurrenten des Trusts, auf eigene Faust mit Preisermäßigungen vorangegangen ist, mußten die anderen Eisenproduzenten und auch der Trust selbst folgen. Mit dem in Amerika üblichen Optimismus wird aber bereits erklärt, daß hiermit der Tiefpunkt der Preisbewegung erreicht sei und daß

auf Basis der nunmehrigen Preise eine Belebung der Nachfrage mit Sicherheit eintreten werde. Es wird erlaubt sein, dieser Zuversicht ein gut Teil Skepsis entgegenzusetzen. Denn daß die Konjunktur ganz im allgemeinen eine rückläufige Bewegung eingeschlagen hat, beweisen nicht nur die starken Mindereinnahmen der Eisenbahnen aus dem Güterverkehr (diese sind im laufenden Jahre von 174 Millionen Dollar Monatseinnahme auf 131 Millionen gesunken), sondern auch die unbefriedigenden Verhältnisse des Arbeitsmarktes und vor allem die rückgängigen Ziffern der Einwanderungsstatistik, die in Amerika einen sehr zuverlässigen Gradmesser für den Aufschwung oder die Stockung des Geschäftslebens abgibt. Allerdings kann bei der großen Elastizität der wirtschaftlichen Verhältnisse in Amerika der Umschwung ziemlich unvermittelt eintreten; einen Hauptfaktor wird hierfür der Ausfall der Ernte bilden. Die Berichte aus den Ackerbaustaaten lauten nun aber bis jetzt außerordentlich günstig, man rechnet sowohl für die Weizen- als für die Maisernte mit Erträgen, die Rekordziffern darstellen, und auch das Ergebnis der Baumwollkultur wird hoffnungsvoll beurteilt. So wäre es wohl denkbar, daß wiederum eine reiche Ernte der Vereinigten Staaten über die Schwierigkeiten der Konjunktur hinweghelfe. Wir können unsererseits in Deutschland eine solche Entwicklung mit unverhohlener Freude begrüßen. Denn auch bei uns wachsen die Sorgen der Industrie täglich; der Kohlen- wie der Eisenmarkt liegt schlecht und eine Stärkung der amerikanischen Konjunktur käme uns daher sehr gelegen. Die Kurse der Industripapiere tragen einstweilen dieser ungünstigen Situation noch nicht genügend Rechnung. Sie sind zwar unverkennbar im Zurückweichen begriffen, aber es bedürfte einer stärkeren Korrektur, um sie in Einklang mit den Verhältnissen zu setzen. Boraussichtlich wird dieselbe nicht ausbleiben.

Die Generalversammlung der Berliner Terrain- und Baugesellschaft hat heftige Auseinandersetzungen über die verwickelten und gefährlichen Engagements der Gesellschaft bei dem Konzern Boswau u. Knauer und dem Warenhaus W. Wertheim, aber für die größere Öffentlichkeit keine vollständige Klarheit über die wahre Lage der Gesellschaft gebracht. Nur das hat sich bestätigt, was man auch ohnedies wußte, daß die Beteiligung an diesem Unternehmen für den sog. Fürstentrust zu einer sehr kritischen Angelegenheit geworden ist. Die Terrain- und Baugesellschaft ist eine Neuburger'sche Gründung, die ursprünglich nur den Grundbesitz der Berliner Omnibusgesellschaft verwerten sollte. Das Kapital wurde aber bald zum Zweck der Durchführung anderer Geschäfte wesentlich erhöht. Zu diesen gehörte auch die Finanzierung des Passage-Kaufhauses. Um diese durchführen zu können, zog die Terrain- und Baugesellschaft als Partner die Handelsvereinigung A. G., den sog. Fürstentrust, hinzu. Dieser letztere besteht aus dem Fürsten Egon zu Fürstenberg, dem Fürsten Christian Kraft zu Hohenlohe-Dehringen und Grafen Fürstenberg-Herdringen, von denen der erstere schon früher Beziehungen zu Karl Neuburger unterhalten hatte. Diese Handelsvereinigung hatte alsbald nach ihrer kaum drei Jahre zurückliegenden Gründung große Unternehmungslust und einen angesichts der beteiligten Persönlichkeiten ungewöhnlichen geschäftlichen Wagemut an den Tag gelegt. Sie erwarb die Levantelinie, setzte sich in der Palästina-Bank, deren Kapital sie übernahm, ein besonderes Finanzierungs-institut zur Seite und war bald in einer ganzen Anzahl mehr oder weniger aussichtsreicher Unternehmungen verwickelt. Da kam die Transaktion mit der

Terrain- und Baugesellschaft, die für beide Teile sich als verhängnisvoll erweisen sollte. Die letztere erhöhte nämlich ihr Kapital um $10\frac{1}{2}$ Millionen Aktien und gab zugleich 20 Millionen fünfprozentige Obligationen aus. Diese letzteren wurden von der Deutschen Bank übernommen, aber nur unter der Bedingung, daß der Fürstentrust Verzinsung und Rückzahlung derselben garantierte. Diese Garantie mußte die Gesellschaft damit erkaufen, daß sie gegen $7\frac{1}{2}$ Millionen der jungen Aktien Zehlendorfer Terrain des Fürsten Fürstenberg hereinnahm. Der Rest dieser jungen Aktien ging an den Konzern der Deutschen Bank im Umtausch gegen 3 Millionen Anteile der Gesellschaft Boswau u. Knauer. Die Deutsche Bank hatte sich also die Übernahme der Obligationen gut bezahlen lassen: die Terrain- und Baugesellschaft bekam die fragwürdigen Anteile der Baugesellschaft und der Fürstentrust war mit einer 20-Millionen-Garantie belastet. Zu allem Unglück machte nun das Passage-Kaufhaus, auf dem die Terrain-Baugesellschaft eine zweite Hypothek von über 8 Millionen hatte, schlechte Geschäfte. Die Betriebsgesellschaft, welche das Kaufhaus zu enormen Bedingungen gepachtet hatte, stand vor dem Zusammenbruch; mit diesem wäre eine finanzielle Katastrophe auch für die Terrain- und Baugesellschaft unvermeidlich gewesen. Da tauchte Herr W. Wertheim auf, der sich mit seinen Brüdern überworfen und ein Konkurrenzunternehmen gegründet hatte. Dieser übernahm die Warenbestände der Betriebsgesellschaft und pachtete das Kaufhaus gegen 1 Million Jahresrente. Aber der Erfolg blieb aus; in dem Konkurrenzkampf gegen seine Brüder zog einstweilen W. Wertheim den kürzeren. Wie alle groß angelegten Warenhausunternehmungen verschlang auch das seine Riesensummen, ehe von einer Rentabilität die Rede sein konnte. Der Fürstentrust, der mit so ungeheurem Kapital an dem Unternehmen interessiert war, durfte es nicht fallen lassen. So wurden immer neue Kredite und neue Verpflichtungen übernommen. Einen Teil des Geldes beschaffte die Palästina-Bank, wiederum gegen Garantie der Handelsvereinigung, einen anderen gab die Terrain- und Baugesellschaft gegen neue Hypotheken auf das Kaufhaus, und gegen Verpfändung der Anteile der W. Wertheim G. m. b. H. sowie der Aktien der Passage-Kaufhaus A. G. Schließlich mußte man auch die Jahresmiete für das Kaufhaus auf 800000 Mark herabsetzen, obwohl die hypothekarische Belastung desselben allmählich auf nicht weniger als 21 Millionen Mark gestiegen war. Wie hoch sich tatsächlich die Engagements des Fürstentrusts an dem Wertheimschen Geschäft belaufen, läßt sich mit Sicherheit nicht feststellen: kein Zweifel aber, daß es Summen sind, die auch einem Standesherrn den Kopf warm machen können. Und noch zeigt sich kein Weg, auf dem dieser finanzielle Knäuel entwirrt werden könnte. Ein Hoffnungsschimmer leuchtete auf, als eine Versöhnung der streitenden Brüder angekündigt und damit ein Eintreten der A. Wertheim G. m. b. H. in den Verpflichtungen W. Wertheims in den Bereich der Möglichkeit gerückt wurde. Aber leider war die Versöhnung für den Fürstentrust ohne den erhofften materiellen Hintergrund; die Intervention blieb ein schöner Traum. So ist denn die Lage nach wie vor kritisch. Es wird alles davon abhängen, ob das W. Wertheimsche Unternehmen über den Berg kommt und ob, wenn der Fürstentrust nicht neues Geld mehr investieren will oder kann, sich noch andere Geldgeber finden, die auf eine so schwankende Brücke treten. In der Generalversammlung der Terrain- und Baugesellschaft hat die Verwaltung

erklärt, daß sei der Fall, die nötigen Gelder seien gesichert. Das wäre für die Aktionäre recht tröstlich, für keinen aber mehr als für den Fürsten Egon, der wohl mit Behmut der Zeiten gedenkt, als seine Beziehungen zur Industrie sich darauf beschränkten, in Donaueschingen das „Tafelgetränk Seiner Majestät“ zu brauen.

Spectator

Bücherliste

Wirminghaus, Else: Die Frau und die Kultur des Körpers. Leipzig, C. F. Amelungs Verlag. Preis M. 5.—.

Das Buch von Else Wirminghaus, der dritte Band des von Professor Dr. Jakob Wychgram herausgegebenen Sammelwerks „Die Kulturaufgaben der Frau“, hat den Vorzug, daß in der Anerkennung der Wichtigkeit seines Grundgedankens alle Parteien, die extremsten Frauenrechtler und ihre konservativsten Gegner, sich begegnen müssen. Es wird gefordert, daß die Frau für ihre körperliche Entwicklung in jeder Hinsicht Sorge tragen soll, damit sie für die besonderen weiblichen Aufgaben im Menschheitsleben tüchtig werde. Im Anschluß an diese Forderung entwirft Else Wirminghaus ein Bild von den mannigfachen Bestrebungen im Interesse der Gesundung und Veredelung des weiblichen Organismus. Wir erfahren aus den Darlegungen, daß in der Praxis für die Körperkultur der Frau zwar viele wichtige Anhaltspunkte gewonnen worden sind, daß aber das meiste noch zu tun übrig bleibt. In ihrer Propaganda wendet sich die Verfasserin hauptsächlich an solche, die nicht gewohnt sind, sich über ihr Tun und Lassen Rechenschaft abzulegen; dadurch erklärt sich wohl das gelegentlich etwas starke Ausfragen der Farben. Selbstbestimmung, die Vorbedingung für eine verständnisvolle Mitarbeit der Frau an der Sehung der leiblichen Wohlfahrt unseres Volkes durch Fürsorge für ihren Körper, wird nun freilich nicht einfach durch das Lesen eines Buches erlangt, aber die erste Anregung hierzu mag manchem dadurch werden. Wenn Else Wirminghaus hier und da, etwa in der Beurteilung der Bedeutung und psychologischen Grundlage der Mode, der Abneigung gegen die Reformtracht, den Sport, dem sie die Fähigkeit zu individualisieren abspriicht, etwas einseitig ist, so wirkt doch ihre ehrliche Begeisterung für die Sache, der sie dient, verfühlich und erhält den Wunsch lebendig, daß das Buch um der in ihm enthaltenen wertvollen Wahrheiten willen weite Verbreitung finden möge.

Kulcschki, Ludwig: Geschichte der russischen Revolution. 1. Band. Göttingen, Friedr. Andreas Perthes, N. G. M. 8.—.

Pfuhl, Prof. Ernst: Neues Wörterbuch der französischen und deutschen Sprache. Leipzig, F. A. Brodhaus. M. 7.—.

Miz, Gustav, Pfarrer: Aus dem Schulbuch des Jesuitenordens. Leipzig, Arwed Strauch. M. 2.—.

Zeller, G. J.: Prinzessin Berke. Eine sinnige Geschichte. Leipzig, C. Ungleich. M. 1.60.

Deutschösterreichische Literaturgeschichte. 16. Lieferung des Schlussbandes. Leipzig, Carl Fromme. M. 1.—.

Ditwald, Wilhelm: Ultramontanismus und Kultur. Frankfurt a. M., Kommissionsverlag des Neuen Frankfurter Verlages. M. 0.25.

Scholl, Emil: Das Kuckuckskind. Roman. Berlin, C. Fischer. M. 3.50.

Schnitzer, Prof. Dr. J.: Porromäus-Epzyllika und Modernismus. Frankfurt a. M., Kommissionsverlag des Neuen Frankfurter Verlages. M. 0.25.

Goethe: Die Leiden des jungen Werther. Leipzig, Insel-Verlag. M. 10.—.

Kreuniger, Witte: Kant Testament. Berlin-Schöneberg, Vita, Deutsche Verlagshandlung. M. 3.50.

Schubmann, Mähring, Elisabeth: Hinter dem Nebel. Novellen. Berlin-Schöneberg, Vita, Deutsche Verlagshandlung. M. 3.—.

Taeuber, Rudolf: Wechsel- und Scheidverehr. Hamburg, Faustian Gebrüder. M. 1.20.

Fischer, Emil: Neuere Erfolge und Probleme der Chemie. Berlin, Julius Springer. M. 0.80.

Clausen, Ernst: Das Haus am Markt. Leipzig, Fr. Wils. Grunow. M. 4.—.

Dernburg, Bernhard: Kapital und Staatsaufsicht. Berlin, C. S. Mittler & Sohn. M. 1.—.

Wohberg, Dr. Hans M.: Theodor Stamm und die Anfänge der deutschen Bodenreformbewegung. Bonn, Carl Georgi. M. 2.—.

v. Wiese, Dr. Leopold: Das Wesen der politischen Freiheit. Tübingen, J. C. B. Mohr. M. 0.60.

Altenrath, Dr. jur. J.: Berufswahl und Vorkursvermittlung. M.-Gladbach, Volksvereins-Verlag. M. 1.—.

Fischer, Prof. Dr. Eugen: Sozialanthropologie und ihre Bedeutung für den Staat. Freiburg i. B., Speyer & Kaerner. M. 0.80.

Gnan, Dr. Hermann: Die Jesur unter Joseph II. Straßburg i. E., Josef Singer. M. 7.—.

Laotse: Vom Sinn und Leben. Jena, Eugen Diederichs. M. 3.—.

Enca Silvio Piccolomini-Briefe. Übersetzt von Max Mell. (Das Zeitalter der Renaissance. 3. Band.) Jena, Eugen Diederichs. M. 6.—.

Cornelius, Hans: Elementargelege der bildenden Kunst. Leipzig, B. G. Teubner. M. 7.—.

Billetter, Gustav: Die Anschauungen vom Wesen des Griechentums. Leipzig, B. G. Teubner. M. 12.—.

Darwin, Charles: Die Fundamente zur Entstehung der Arten. Leipzig, B. G. Teubner. M. 4.—.

Künzel, G., und Haß, M.: Die politischen Testamente der Hohenzollern. Leipzig, B. G. Teubner. 1. Band M. 1.60, 2. Band M. 2.20.

Hutschentruper, Willem: Das Beethovenhaus. Stuttgart, Greiner & Pfeiffer. M. 2.—.

Ewert, Ernst: In Glanz und Leuchten. Leipzig, Kenien-Verlag.

Geyer, Ernst: Michael Kohlhass. Kleinstes Novelle dramatisiert. Leipzig, Kenien-Verlag.

Jürgensen, Jürgen: Fieber. Frankfurt a. M., Müllen & Voening. M. 4.—.

Bons, Josef: Gori der Rebelle. Roman. Frankfurt a. M., Müllen & Voening. M. 4.—.

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Kleinow-Schöneberg, für den literarischen Teil und die Redaktion Heinz Amelung-Friedenau — Manuskriptsendungen und Briefe werden ausschließlich an die Adresse der Schriftleitung Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23, erbeten. — Sprechstunden der Schriftleitung: Montags 10—12 Uhr, Donnerstags 11—1 Uhr.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 37.